

Rundbrief Oktober I 2023

Lieber Leserin und Leser, liebe Mitglieder,

In diesem Rundbrief berichten wir über:

- 1- . Vorbereitung auf die Olivenernte
- 2- Netanjahu vor der UNO in New York: An „Schwelle“ zu Friedensschluss mit Saudi-Arabien. „Neuer Naher Osten“ von Israels Premier skizziert
- 3- Die Annexion des israelischen Westjordanlandes kommt, nur nicht so, wie Sie es erwartet haben
- 4- Antisemitismus und Nahost-Konflikt: Unser aller Verantwortung

Vorbereitung auf die Olivenernte

Da die Siedlergewalt im Westjordanland von Tag zu Tag schlimmer wird und einige der ideologischsten und gewalttätigsten Siedler ihre Kontrolle innerhalb der israelischen Regierung festigen, ist die Realität eine, in der sich die Palästinenser nicht auf eine Zeit der Freude, des Feierns und der Gemeinschaft vorbereiten, sondern sich darauf vorbereiten bis sie erneut um ihr Leben und ihr Land kämpfen

Yumna Patel, Palästina-Nachrichtendirektorin - [Mondoweiss](#)



Freiwillige helfen palästinensischen Bauern und Familien beim Olivenpflücken während der Erntesaison in Khan Yunis im südlichen Gazastreifen am 3. Oktober 2021. (Foto: Ashraf Amra/APA Images)

Die Olivenernte ist in Palästina eine heilige Jahreszeit, die fast einem ausgedehnten religiösen Feiertag gleichkommt. Etwas liegt in der Luft – es herrscht Aufregung, Familien, Freunde und Nachbarn kommen zusammen, die Menschen erneuern die Bindung zu ihrem Land und am Ende kommt der

Lebensunterhalt für das nächste Jahr in Form von dicker, köstlicher Nahrung Öl in goldenen und grünen Farbtönen.

Für Journalisten und Reporter in Palästina ist die Olivenernte ein fester Bestandteil des Kalenderjahres. Mit jeder Jahreszeit kommen unzählige Geschichten. Leider sind die meisten Geschichten jedoch nicht die Wohlfühlgeschichten, von denen man glaubt, dass sie zu einer so schönen Jahreszeit gehören würden. Seit ich angefangen habe, in Palästina zu berichten, ist ein Hauptthema meiner Berichte über die Olivenernte die Gewalt israelischer Siedler. Während der Ernte beginnen israelische Siedler im gesamten Westjordanland Gewaltkampagnen, die sich gegen palästinensische Bauern und Familien richten, während diese in ihren Olivenhainen ihre Bäume ernten. Bei den Angriffen handelt es sich nicht nur um physische Angriffe auf die Körper der Menschen, sondern auch um gewalttätige Angriffe auf das Land der Menschen. Ich habe gesehen, wie Siedler kurz vor der Ernte mehrere Hektar Land und Olivenbäume niederbrannten.

Ich habe gesehen, wie ältere Palästinenser zu Tränen rührten, als sie sahen, wie die Bäume, die ihre Väter gepflanzt hatten, verwelkt und schwarz waren, nachdem ihnen von Siedlern Gift injiziert worden war. Ich habe gesehen, wie Familien Tausende von Dollar verloren, nachdem Siedler mitten in der Nacht kamen und ihre Ernte stahlen, als sie gerade reif war, sodass sie für das nächste Jahr ihre Haupteinnahmequelle verloren hatten.

Und obwohl ich mich persönlich auf die Olivenernte mit all der Schönheit und Freude freue, die sie mit sich bringt, weiß ich, dass dieses Jahr nicht anders sein wird als das vergangene Jahr. Mit der Freude gehen unweigerlich auch die Grausamkeit und der Schmerz der Siedlergewalt einher. Vor ein paar Tagen habe ich mit einigen palästinensischen Aktivisten gesprochen, die jede Olivenernte in den am stärksten gefährdeten Dörfern im Westjordanland verbringen und die Bauern auf ihr Land begleiten, um sich im Falle eines Siedlerangriffs zu schützen. Wenn sie mit Siedlern konfrontiert werden, die mit Fledermäusen, Gewehren und anderen Waffen bewaffnet sind, und mit der Macht der israelischen Armee, haben diese Aktivisten natürlich nur ihre Körper zur Verteidigung.

Während ich meine Berichterstattung über die Ernte plante, kontaktierte ich die Aktivisten und fragte, wie ihr Zeitplan aussah und ob ich sie als Reporter bei einigen ihrer Aktivitäten begleiten könnte. Einer der Aktivisten, der häufig sowohl Siedlern als auch Soldaten gegenübersteht, sagte etwas, was ich von dieser bestimmten Person nie erwartet hätte: „Ich habe Angst“, sagte er mir.

Natürlich dachte ich. Wer hätte keine Angst? Aber das ist jemand, der in die Läufe zu vieler israelischer Waffen geschaut hat, um sie zu zählen, jemand, der wegen seines Aktivismus inhaftiert wurde und auf dem Weg dorthin Freunde und Kameraden verloren hat. Trotz allem hat er sich immer einen positiven Geist und die Motivation bewahrt, auf dem Land weiterhin *Sumud* oder Standhaftigkeit zu praktizieren.

Als er also sagte, er habe in dieser Saison Angst um sein Leben und das der Bauern, wurde mir klar, dass dieses Jahr nicht das Gleiche sein würde wie die Jahre zuvor. Es würde noch viel, viel schlimmer kommen. Journalisten vor Ort haben damit gerechnet. Schließlich kam es in diesem Jahr zu einigen der schlimmsten Siedlerangriffe auf Palästinenser im Westjordanland seit Jahren, wobei Siedlerpogrome, die ganze palästinensische Städte in Brand steckten, häufiger vorkamen und jedes Mal tödlicher wurden.

Da die Siedlergewalt im Westjordanland von Tag zu Tag schlimmer wird und einige der ideologischsten und gewalttätigsten Siedler ihre Kontrolle innerhalb der israelischen Regierung festigen, ist die Realität eine, in der sich die Palästinenser nicht auf eine Zeit der Freude, des Feierns und der Gemeinschaft vorbereiten, sondern sich darauf vorbereiten bis sie erneut um ihr Leben und ihr Land kämpfen

Ohne Palästina

Netanjahu vor der UNO in New York: An „Schwelle“ zu Friedensschluss mit Saudi-Arabien. „Neuer Naher Osten“ von Israels Premier skizziert

Von Jakob Reimann - [Jungewelt](#)



Lev Radin/Pacific Press Agency/imagio

Freund von Bildpräsentationen: Netanjahu schafft vor der UN-Generalversammlung schon mal »Fakten« (22.9.23)

Seine Vision eines »neuen Nahen Ostens« hat Benjamin Netanjahu vor der UN-Generalversammlung in New York präsentiert. Zunächst bemühte der israelische Ministerpräsident am Freitag alttestamentarische Geschichten; wie Moses damals stehe auch Israel heute am Scheideweg zwischen der »großen Segnung« und dem »großen Fluch«. Die »Tyrrannen von Teheran« stünden demnach für den »Fluch«. Die »Segnung« seien hingegen die Normalisierungsabkommen (Abraham-Abkommen) zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Sudan und Marokko im Jahr 2020. Diese hätten ein »Zeitalter des Friedens eingeläutet«.

Ziel dieser arabisch-israelischen Allianzen ist es, die Front gegen den Iran zu stärken. Dieser müsse »mit einer glaubwürdigen nuklearen Bedrohung konfrontiert werden«, spielte Netanjahu hier offen mit dem Einsatz des un-deklarierten israelischen Atombombenarsenals, um an anderer Stelle zu erklären, Israel »kann zu einer Brücke des Friedens werden«. Netanjahus Büro erklärte im Nachhinein, bei der Nukleardrohung habe es sich um einen Versprecher gehandelt, eigentlich hätte »militärische Bedrohung« im Redeskript gestanden. Neben den vier bereits geschlossenen Abkommen – kam Netanjahu zum Kern seiner Rede – stehe Israel heute »an der Schwelle zu einem noch dramatischeren Durchbruch«, nämlich dem »historischen Frieden mit Saudi-Arabien«. Die Sache der Palästinenser müsste dafür jedoch geopfert werden.

Denn bei dem Abschluss weiterer Abkommen dürfe »den Palästinensern kein Vetorecht« eingeräumt werden. 2002 hatten 57 mehrheitlich islamische Länder mit der Arabischen Friedensinitiative, auch Saudische Initiative genannt, die Aufnahme regulärer Beziehungen mit Israel an die Palästina-Frage geknüpft. Die Länder unterbreiteten damals das Angebot zur Normalisierung als Gegenleistung für den Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten hinter die Grenzen von 1967 und die Gründung eines palästinensischen Staates. Netanjahu dreht die Sache hingegen um, wenn er behauptet, dass der Abschluss weiterer israelisch-arabischer Abkommen »die Aussichten auf einen Friedensschluss zwi-

schen Israel und den Palästinensern sogar erhöhen würde«. Denn dann »werden auch sie (die Palästinenser, jW) eher bereit sein, die Fantasie von der Zerstörung Israels aufzugeben, und endlich den Weg eines echten Friedens mit ihm einschlagen«. Er sei schließlich »seit langem bestrebt, Frieden mit den Palästinensern zu schließen«.

Netanjahu führt gegenwärtig die rechteste Regierung in der Geschichte seines Landes an und hat sich selbst als »Faschisten« bezeichnende Personen wie Bezael Smotrich in sein Kabinett aufgenommen. Smotrich ist Netanjahus Finanzminister, doch verfügt er auch über einen ministergleichen Posten im Verteidigungsministerium. In dieser Position wurde ihm im Februar von Verteidigungsminister Joaw Galant ein Großteil der administrativen Funktionen im besetzten Westjordanland überantwortet, die zuvor vom Militär ausgefüllt wurden; demnach fallen nun beispielsweise die Gestaltung der israelischen Siedlungspolitik, Fragen der Landzuteilung, Infrastruktur, Bauplanung, Strafverfolgung oder Wasserzuteilung in Smotrichs Zuständigkeit. »Mit diesem Schritt wurde Smotrich zum De-facto-Gouverneur des Westjordanlandes ernannt«, erklärte der israelische Anwalt Michael Sfarid im einflussreichen US-Journal Foreign Policy im Juni. Dieser formale Übergang von militärischer zu ziviler Administration »stellt einen Akt der De-jure-Annexion des Westjordanlands dar«, so Sfarids Urteil.

Dass die formale Einverleibung der besetzten Gebiete nun offizielle israelische Politik ist, machte Netanjahu auch bei seiner UN-Rede deutlich, als er die Karte seines »neuen Nahen Ostens« präsentierte. Dort waren keine besetzten Gebiete mehr eingezeichnet, sondern das Westjordanland, Ostjerusalem, der Gazastreifen und der syrische Golan waren einheitlich blau als israelisches Staatsgebiet eingefärbt.

Das Maß an Aufrichtigkeit hinter Netanjahus »seit langem« verfolgten Bestrebungen, »mit den Palästinensern Frieden zu schließen«, konnte in New York erahnt werden.

Die Annexion des israelischen Westjordanlandes kommt, nur nicht so, wie Sie es erwartet haben

Siedlergruppen haben eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung gespielt und haben die volle Kontrolle über das Westjordanland im Auge

Bis Lily Galili Veröffentlichungsdatum: 17. Dezember 2022 Middle East eye



Ein Palästinenser beobachtet, wie israelische Streitkräfte sein Haus im Westjordanland zerstören (AFP/file photo)

Am 1. Dezember, kurz nach der Unterzeichnung von Koalitionsverträgen zwischen Benjamin Netanjahus Likud-Partei und den rechtsextremen Fraktionen Religiöser Zionismus und Jüdische Macht, postete die Siedlergruppe des Yesha-Rates eine freudige Nachricht auf Facebook.

"Besonderer Dank gilt unseren Vertretern, die während der gesamten Verhandlungen mit den Fachleuten des Yesha-Rates zusammengearbeitet haben", hieß es, nachdem sie allen Beteiligten gratuliert hatte. "Mit Gottes Hilfe wird bald eine neue Regierung gebildet werden, die sich den Herausforderungen der Bauentwicklung und der Erhaltung von Land in Judäa und Samaria stellen wird", fügte sie hinzu, wobei sie die israelischen Namen für das besetzte Westjordanland verwendete.

Der Anführer von Karnei Shomron, einer anderen einflussreichen Siedlergruppe, schlug einen ähnlichen Ton an und sagte gegenüber Ynet TV, dass das erste, was der Führer des religiösen Zionismus, Bezalel Smotrich, an der Macht tun sollte, sei, israelisches Recht auf Judäa und Samaria anzuwenden. "Über 55 Jahre lang wurden keine Entscheidungen getroffen. Es ist an der Zeit, Judäa und Samaria auf die gleiche Weise zu annektieren, wie die Golanhöhen annektiert wurden", fügte er hinzu. Diese Kommentare erzählen eine große Geschichte. Sie enthüllen nicht nur das Ausmaß der Beteiligung der Siedlergruppen an den Verhandlungen über die Regierungsbildung, sondern erlauben auch einen Einblick in den zukünftigen Druck, den sie auf die Politiker ausüben werden, die manche immer noch als "Vertreter" bezeichnen.

Doch "Repräsentanten" ist das falsche Wort für diese Menschen. Diese "Hilltop Youth"-Regierung repräsentiert nicht ihre Wählerschaft, sie ist das Gesicht des radikalsten Teils von ihr. Schockierte Israelis auf der Linken, in der Mitte und auf der Rechten versuchen bereits herauszufinden, wie sich diese rechtsradikale/ultraorthodoxe Regierung auf ihr tägliches Leben auswirken wird. Aber es ist nicht nur das Wesen Israels, das es verändern will, sondern auch die Größe des Landes. Mit anderen Worten: Annexion palästinensischer Gebiete.

Der Begriff "Annexion" wird in diesen Tagen kaum noch erwähnt, weder von der neuen Koalition noch von ihrer angeschlagenen Opposition, die mit anderen brennenden Fragen beschäftigt ist. Es ist eine bewusste Entscheidung aus Angst vor internationalen Reaktionen. Die neue Koalition kann leicht ein paar Demonstrationen abtun, die von Hunderten oder sogar Tausenden von müden Linken abgehalten werden, die zu Recht über die Zerstörung des israelischen Justizsystems besorgt sind. Der Umgang mit internationalen Verurteilungen oder gar Sanktionen ist eine ganz andere Geschichte.

Das mag den messianischen Smotrich oder den schießwütigen jüdischen Machtführer Itamar Ben-Gvir nicht erschrecken, aber es erschreckt Netanjahu auf jeden Fall. Er ist sich sehr wohl bewusst, dass er die internationale Gemeinschaft und insbesondere die arabische Welt nicht verärgern kann, wenn die iranische Atomfrage - und die israelische militärische Option, sie zu bekämpfen - wie ein Damoklesschwert über seinem Kopf hängt. Unter diesen Umständen klingt die Verwendung des Euphemismus "Anwendung der Souveränität" schmackhafter als "Annexion". So wie der berüchtigte Ruf "Tod den Arabern" auf Befehl von Ben-Gvir durch "Tod den Terroristen" ersetzt wurde, wird die negative Konnotation der einseitigen Annexion nun absichtlich durch eine Formulierung ersetzt, die als politisch legitimer gilt.

Aus rechtlicher Sicht sind sie dasselbe. In einem kürzlichen Radiointerview behauptete die Abgeordnete des religiösen Zionismus, Simha Rotman, man könne kein Gebiet annektieren, das eine Art "Niemandsländ" sei. Vielmehr kann – und sollte – man die Souveränität rechtlich anwenden.

Die ersten Schritte

Obwohl von den neuen Ministern kaum erwähnt, bedeuten alle Gesetze und Koalitionsvereinbarungen eine Annexion. Das besorgniserregendste Zeichen ist die Übergabe von zwei Armeeeinheiten, die mit der Verwaltung der Besatzung beauftragt waren, in die volle Verantwortung von Smotrichs Partei durch einen Ministerposten im Verteidigungsministerium. Die beiden Einheiten - Zivilverwaltung und Cogat (Koordinator der Regierungsaktivitäten in den Territorien) - regeln das gesamte zivile Leben in der Zone C des Westjordanlandes, die zu 60 Prozent vollständig von Israel verwaltet wird. Dazu gehört auch der Personen- und Warenverkehr zwischen Gaza, Israel und dem Westjordanland.

Die Übertragung der Verantwortung für diese Einheiten an Smotrich ermöglicht es ihm nicht nur, die Siedlungen auszuweiten und Befugnisse gegen die Palästinenser durchzusetzen, sondern schränkt auch die Bewegungsfreiheit der Bewohner des Gazastreifens in und aus der Enklave weiter ein. Dieser neu ernannte Minister würde eine zentrale Rolle bei allem spielen, was mit der Verwaltung des Lebens von Palästinensern und Israelis im Westjordanland zu tun hat, einschließlich der Landplanung und der Genehmigung illegaler Außenposten. Mit anderen Worten: De-facto-Annexion der Zone C mit dem jüdischen Rassisten Smotrich als Alleinherrscher der besetzten Gebiete.

Selbst diejenigen auf der Linken, die behaupten, die De-facto-Annexion sei bereits umgesetzt worden, geben zu, dass dies einen dramatischen Politikwechsel und eine Vertiefung der Apartheid bedeutet. Dies sind vorbereitende Schritte zur vollständigen Annexion des Gebiets. Das wurde schon früher versucht und ist unter internationalem Druck gescheitert. Anders als die stumpfe Gewalt früherer Annexionsversuche ist der neue Ansatz taktisch und wird als administrative Änderungen vermarktet. De facto? Es ist viel mehr.

Dies sind die ersten Schritte der tatsächlichen Annexion. Udi Dekel, ein ehemaliger Brigadegeneral und jetzt stellvertretender Direktor der Denkfabrik Institute for National Security Studies, definiert diese jüngste Änderung als einen Wechsel von einer "schleichenden Annexion" zu einer "schnellen Annexion". Ehemalige hochrangige Beamte der israelischen Zivilverwaltung sagen, sie erwarten, dass Smotrich das Westjordanland annekieren wird. Ein ehemaliger Beamter sagte zu Haaretz: "Ohne Zweifel wird Smotrich die Annexion umsetzen."

Eine Bedrohung auch für Israel

Jehuda Etzion konnte nicht mehr zustimmen oder auf mehr hoffen. Etzion war einst Mitglied der jüdischen Untergrund-Terrorgruppe, die an der Verschwörung zur Sprengung des Felsendoms beteiligt war, und ist heute ein rechtsextremer Aktivist und Gründer einer Gruppe, die sich für die Zulassung des jüdischen Gebets in der Al-Aqsa-Moschee einsetzt, die von Juden als Tempelberg bekannt ist. Er war persönlich an der Erstellung der "Wunschliste" beteiligt, die Siedlergruppen Smotrich und Ben-Gvir überreichten, als sie mit Netanjahu verhandelten. Im Gespräch mit Middle East Eye klang er diese Woche hoffnungsvoll in Bezug auf Ben-Gvirs Absichten in Bezug auf die al-Aqsa-Moschee - wie die Öffnung für Schabbat Gebete und die Aufhebung der Regel, die es Juden nur erlaubt, die Stätte in arrangierten Gruppenbesuchen zu besuchen.

"Ich erwarte keine vollständige Annexion, da Bibi sie nicht wirklich will", sagte er gegenüber MEE, wobei er einen gebräuchlichen Spitznamen für Netanjahu verwendete. Ich erwarte echte Veränderungen in der Zone C, wo frühere Bibi-Regierungen den Palästinensern erlaubten, zu bauen, und jüdische Siedlungen kaum wachsen konnten", argumentierte er, obwohl Zehntausende von neuen Siedlerhäusern unter Verstoß gegen das Völkerrecht gebaut und palästinensische Häuser, Schulen und Krankenhäuser routinemäßig abgerissen wurden.

"Als akkumulativer Prozess bedeutet es Annexion. Diese beiden Minister, Ben-Gvir und Smotrich, kommen, um ernsthafte Veränderungen vorzunehmen. Die Frage ist nur: Wird Bibi

ihnen erlauben, das zu tun, was er ihnen in den von ihm unterzeichneten Vereinbarungen versprochen hat? Ich weiß, dass sie dazu neigen, daran zu zweifeln." In einem Papier, das letzte Woche vom Institute for National Security Studies veröffentlicht wurde, verweist Dekel auf die möglichen Auswirkungen einer zukünftigen Annexion. Er sagte, dass die Anwendung des israelischen Rechts im Westjordanland und die Übertragung der Macht darüber vom Verteidigungsministerium auf ein ziviles Verteidigungsministerium internationale Verurteilung und Prüfung nach sich ziehen und die Charakterisierung Israels als Apartheid-Regime verstärken wird.

"Diese Behauptungen werden in der Rechtsauffassung des Internationalen Gerichtshofs verankert sein und als zusätzliche Waffe in der internationalen Anti-Israel-Kampagne dienen", schrieb er. Der Labour-Abgeordnete Nachman Shai, der scheidende Minister für Diaspora-Angelegenheiten, fügt eine weitere Perspektive hinzu. "An diesem Punkt sind die jüdischen Gemeinden in Amerika hauptsächlich besorgt über die Auswirkungen der Politik der neuen Regierung, die sie direkt betreffen wird, wie die bevorstehenden Änderungen des Rückkehrgesetzes oder neu ernannte Minister, die sich auf Reformjuden - die Bewegung, der die meisten amerikanischen Juden angehören - als überhaupt keine Juden bezeichnen", sagte er gegenüber MEE. Diese Wut sei derzeit passiv, sagte er. Aber das könnte sich in einer für Israel problematischeren Opposition niederschlagen: die USA zu ermutigen, das Land bei den Vereinten Nationen nicht mehr abzuschirmen oder sogar Sanktionen wegen der Annexion zu unterstützen. "Unter den neuen Umständen sehe ich nicht, dass sie zur Unterstützung Israels demonstrieren oder ihre Vertreter im Kongress einbinden oder gegen die Politik ihrer Regierung handeln. Sie werden BDS vielleicht nie beitreten - aber sie werden es nicht bekämpfen", sagte er.

"Es ist ein gefährlicher Kollisionskurs. Der Einzige, der die Auswirkungen vollständig versteht, ist Bibi selbst, aber auf der anderen Seite ist Bibi 2022 nicht der Netanjahu, den wir kennen. Er ist ein veränderter Mensch." Das gilt auch für Israel.

Dieser Artikel ist auf Französisch auf [Middle East Eye French Edition](#) verfügbar.

Antisemitismus und Nahost-Konflikt: Unser aller Verantwortung

Als Erbe des 20. Jahrhunderts obliegt es allen, auch den Palästinensern und Deutschen, gegen Antisemitismus und für Menschenrechte zu kämpfen.

KOMMENTAR VON [ISSA AMRO](#):

Issa Amro, 43, ist Gründer von Jugend gegen Siedlungen, einer Jugendgruppe mit Sitz in Hebron, die sich für den gewaltlosen Kampf für Palästinensische Unabhängigkeit und die Beendigung der israelischen Besatzung einsetzt.



Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas besucht Dschenin im israelisch besetzten Westjordanland im Juli 2023. Foto: Mohamad Torokman/reuters)

Um es gleich vorwegzusagen: Die Äußerungen von Mahmoud Abbas, in seiner Rede vor dem Fatah-Regionalrat über Juden und den Holocaust sind unverschämt. Der Holocaust ist durch nichts anderes als durch Antisemitismus und Rassismus verursacht worden. Abbas hatte sich im vergangenen Jahr auf einer Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin bereits in ähnlicher Weise geäußert, als er behauptete, Israel habe „50 Holocausts“ an den Palästinensern verübt. Er wurde dafür verurteilt, auch von Scholz, und dieses Mal zu Recht von der deutschen Vertretung in Ramallah.

Zugegeben: Wir als Angehörige des palästinensischen Volkes haben ein großes Problem damit, den Schrecken des Holocaust zu verinnerlichen. **Für Opfer ist es schwierig, den Schmerz ihrer Unterdrücker anzuerkennen.** So sind Generationen von Palästinensern, die die NAKBA (Katastrophe) von 1948, die Flucht und Vertreibung der Palästinenser aus dem Gebiet des heutigen Israels und die scheinbar nicht enden wollende Besatzung seit 1967 miterlebt haben, nicht geneigt, sich über das schreckliche Leid der Eltern und Großeltern ihrer heutigen Unterdrücker zu informieren oder dafür Verständnis aufzubringen. Doch diese psychologisch-soziologische Erklärung, so stichhaltig sie auch sein mag, erlaubt uns dennoch nicht, in unentschuldbarer Unwissenheit zu verharren. Ich glaube, dass es unsere Pflicht ist, uns als Gesellschaft über die Schrecken des Holocaust aufzuklären.

Realität in den besetzten Gebieten

Wenn ich vor einem palästinensischen Publikum spreche, dann höre ich hier auf. Aber hier wende ich mich an ein deutsches Publikum, deshalb sind ein paar weitere Worte notwendig. Es ist klar, dass Deutschland eine direkte historische Verantwortung für den Holocaust trägt und sich immer noch mit seiner Geschichte auseinandersetzt; es ist auch klar, dass es universelle Pflichten gibt, die uns allen durch den Holocaust auferlegt wurden. Wir müssen für eine globale, regelbasierte Ordnung eintreten, die auf den Prinzipien des Völkerrechts beruht, die aus der Asche des Holocausts entstanden sind. Als Erbe des 20. Jahrhunderts obliegt es uns allen, natürlich auch uns Palästinensern, Demokratie und Menschenrechte zu schützen und den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus aller Art aufzunehmen.

Dieselben Pflichten sollten die Deutschen zwingen, sich der Realität in den besetzten palästinensischen Gebieten zu stellen: Wir leben unter Apartheid. Das Zentrum meiner Heimatstadt Hebron wurde in eine segregierte Geisterstadt verwandelt. Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem wurden in den letzten 25 Jahren mehr als 1.000 Familien aus der Innenstadt vertrieben, 1.500 Geschäfte geschlossen, um die Anwesenheit von 850 Siedlern zu ermöglichen. Das verstößt gegen internationales Recht. Mir und anderen Palästinensern ist es verboten, durch einige der Hauptstraßen zu gehen, die von den israelischen Militärbehörden als „steril“ bezeichnet werden.

Deutsches Engagement für Menschenrechte

Hebron ist ein Mikrokosmos für das zweistufige Rechtssystem, das im gesamten Westjordanland gilt. Während israelische Siedler den vollen Schutz des Zivilrechts genießen, sind wir als staatenlose Palästinenser der Rechtsprechung der Militärgerichte unterworfen. Diese Gerichte haben mich wegen meines gewaltlosen Engagements gegen die Besatzung zu drei Monaten Haft und zwei Jahren Bewährung verurteilt. Ich galt als Wiederholungstäter, weil ich, wie der Richter es ausdrückte, weiterhin an Protesten teilnahm, für die es keine Genehmigung gab. In einem militärischen Besatzungsregime, das es verbietet, sich mit 10 oder mehr Personen zu einem politischen Zweck zu versammeln, macht einen die Teilnahme an gewaltlosen Protesten offenbar zu einem Verbrecher.

Warum würden Sie das nicht Apartheid nennen? Das ist unsere tägliche Realität. Doch Deutschland lässt sein Engagement für die Menschenrechte vor der Tür der besetzten Gebiete stehen. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist für unsere Menschlichkeit unerlässlich. Aber dieser Kampf darf nicht dazu missbraucht werden, Kritik an der israelischen Apartheid-

politik als antisemitisch abzustempeln. Jede Regierung, die dies tut, stellt Israel einen Blankoscheck aus, mit dem es seine Unterdrückung meines Volkes ungestraft fortsetzen kann. Die Unzulänglichkeit des deutschen Engagements für die Menschenrechte macht aber nicht bei der Behandlung Israels halt, sondern zeigt sich auch in der Haltung gegenüber Abbas. Um der Stabilität und Sicherheit Israels und seiner illegalen Siedler willen hält Deutschland den Status quo aufrecht und verschließt die Augen vor dem autoritären Verhalten der Palästinensischen Autonomiebehörde. Wie lange wird Deutschland noch eine Behörde finanzieren, in der Journalisten allzu oft für das „Verbrechen“ verhaftet werden, ihre Meinung zu sagen? Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist kein Wert, den die Palästinensische Autonomiebehörde unter Abbas mit ihren europäischen Geldgebern teilt.

Autoritärer Abbas

Ich selbst wurde von der Palästinensischen Autonomiebehörde wegen meines Aktivismus inhaftiert – ähnlich wie von den israelischen Behörden. Und vielen meiner Mitstreiter ist es noch schlechter ergangen. Mein Freund, der Aktivist Nizar Banat wurde 2021 wegen seiner Ehrlichkeit in PA-Gewahrsam getötet. Abbas hat seine Wahlperiode um 14 Jahre überschritten. Angesichts der Tatsache, dass etwa zwei Drittel der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten unter 30 Jahre alt sind und die letzten Wahlen mehr als fünfzehn Jahre zurückliegen, hatte etwa die Hälfte der heutigen Wählerschaft noch nie die Möglichkeit, überhaupt zu wählen. Denn Abbas hat die autoritäre Angewohnheit, sich Wahlen zu entziehen oder sie zu annullieren.

Ich riskiere, von Abbas' Sicherheitsapparat (erneut) verhört und eingesperrt zu werden, weil ich dies schreibe. Dennoch habe ich den Mut und den Willen aufgebracht, die Lehren aus dem Holocaust zu ziehen, mich gegen Unterdrückung und Heuchelei zu stellen und mich für Demokratie und Menschenrechte für alle einzusetzen. Gestatten Sie mir, Sie, die Bürger eines freien Landes, aufzufordern, dasselbe zu tun.

KOMMENTAR VON [ISSA AMRO](#)